

AFRICA POSITIVE

Länder • Menschen • Politik • Wirtschaft • Kultur • Sport • 20. Jahrgang • Nummer 68 • 2018



**„Afrika braucht
von uns keine
milden Gaben“**



**Lest die Bücher
afrikanischer
Frauen**



**Die Tour du
Ruanda 2017**



**JUGEND AFRIKAS:
Zeit für eine friedliche
Revolution!**

**Politik
Kritik an EU-Afrika
Gipfel in Abidjan**

**Gesellschaft
Neda aus Eritrea:
Illegal im Sudan**

**Reise
Äthiopien: Islamische
Stadt Harar**

Werte, Leadership und Entwicklung in Afrika (II)

Entwicklung und politische Führung



Dakar, die Hauptstadt Senegals

>> Zusammenfassung des 1. Teils: Entwicklungshilfe ist in Afrika, gemessen am Aufwand dafür, kaum wirksam, weil afrikanische traditionelle Werte dabei nicht hinreichend berücksichtigt werden. Statt eine eigene Weise von Entwicklung zu kreieren, kopieren afrikanische Staaten und Gesellschaften lediglich die Geschichte der Entwicklung der reichen Ländern des Nordens, die heute im materiellen Reichtum dort zu besichtigen ist. Typisch afrikanisch ist die Philosophie des Teilens, des Gemeinsinns, der praktizierten Menschlichkeit. Sie drückt sich aus in dem Wert „Gemeinschaft“, der in Afrika das Leben des Einzelnen in erheblichem Maße bestimmt. Allerdings grenzen sich Gemeinschaften in Afrika oft stark voneinander ab. Die dadurch verengte Identität von Afrikanern umschließt in den multiethnischen afrikanischen Staaten allenfalls die eigene Ethnie. Daher kommt es, dass der an sich positive Wert „Gemeinschaft“ viele dunkle Schatten wirft. Das Leistungsprinzip wird ausgehebelt - und dadurch Wirtschaftswachstum erschwert - zugunsten von Vetternwirtschaft und Klientelpolitik; Betrug macht sich breit, im Zuge dessen man Mittel beschafft, mit denen Mitglieder der eigenen Gemeinschaft Wohltaten erwiesen werden, um deren Loyalität zu erkaufen - um den Preis, dass politische Institutionen geschwächt werden; man verzichtet

darauf, nach kriminellen Handlungen - darunter Korruption und Betrug - seinen „Bruder“ zu bestrafen - diese Gerechtigkeitslücke schwächt Wirtschaft und Gesellschaft. Ein großes Problem ist es für die Entwicklung, dass die Organisationen aus dem Norden das alles zwar beklagen, aber kaum sanktionieren. Fazit: Integre überzeugende Führungspersönlichkeiten sind sowohl auf afrikanischer Seite als auch bei den Organisationen aus dem Norden gefragt, wenn „Entwicklung“ in Afrika erfolgreich sein soll.

Auch wenn die im ersten Teil genannten Probleme ihren Ursprung haben im traditionellen afrikanischen Denken, berechtigt ihre Schilderung nicht dazu, die ihm zugrunde liegende Philosophie insgesamt in Frage zu stellen. Allenfalls einer „Romantisierung“ (Fröchtling, 2012) traditioneller afrikanischer Wertesysteme - Ubuntu und afrikanische Renaissance eingeschlossen - wie sie heute sogar im Westen betrieben wird, soll mit den Hinweisen auf ihre Schattenseiten entgegengetreten werden. Unbedingt zu fragen ist allerdings, ob die tradierten Werte und Verhaltensweisen kompatibel sind mit einer Entwicklung, wie sie vom Westen für Afrika propagiert und als „Modell“ vorgelebt wird, bzw. ob eine Entwicklung nach westlichem Vorbild für afrikanische Bevölkerungen überhaupt deren

Wünschen entspricht. Und auch wenn Afrikaner die Entwicklung ihrer Länder in die eigenen Hände nehmen, müssen sie klären, welche Rolle ihre Traditionen dabei spielen können und welchen Preis sie ggf. zu zahlen bereit sind, wenn sie denn einen westlichen Entwicklungsstandard erreichen wollen. Die Antwort auf diese Fragen setzt in Afrika einen Diskurs in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft des jeweiligen Landes voraus, in dem die Alternativen mit ihren Konsequenzen für die Betroffenen aufgezeigt werden. Zumal es um die Infragestellung oder Relativierung von in Afrika allgemein anerkannten Werten geht. Wenn man die Bevölkerung dabei mitnehmen will - und das ist unerlässlich, wenn man politische und gesellschaftliche Veränderungen umsetzen will - muss darum öffentlich gerungen werden. Auch unter dem Palaverbaum, wie es bereits im demokratischen Botswana von der Politik nicht nur gewünscht, sondern in den Dörfern sogar schon praktiziert wird.

An dieser Stelle wird deutlich, dass Entwicklung eben nicht nur ein technisch-wirtschaftliches Problem ist, wie es westliche „Experten“ oft glauben machen wollen, sondern ein gesellschaftspolitisches Projekt. Dabei muss allen Beteiligten klar sein: Entwicklung ohne Kollateralschäden gibt es nicht! Auch in den reichen Ländern haben Industrialisierung und kapitalistische Wirtschaftsweise ihren Preis gefordert. Denn auch dort haben sie einen Wertewandel beschleunigt und das Leben der Bürger in den Familien und anderen sozialen Systemen - in Beruf und Freizeit, in Politik und Wirtschaft - grundlegend verändert und zu teilweise schmerzlichen Verwerfungen geführt. Man denke einmal - um nur einige Beispiele aus dem europäischen Kontext zu nennen - an die Emanzipation der Frau und die damit verbundene Veränderung der Rollen von Männern in Familie und Öffentlichkeit, an die Verlagerung oder den Abbau von Autoritäten, an die Anonymität in den Städten, an die ökologischen Probleme, an die Stärkung individueller oder demokratisch gewählter Entscheider zu Lasten von Familien und Obrigkeit, an die Vergesellschaftung individueller Pflichten gegenüber Alten und Kranken, an die Zunahme von Kriminalität, wenn traditionelle gesellschaftliche, verhaltensregulierende Strukturen - Dörfer, Gemeinschaften - geschwächt werden, an den Stress am Ar-

beitsplatz, an die Veränderung der Erziehung in Familien und Institutionen und und und... Solche oder ähnliche, die Lebenspraxis berührenden Veränderungen können – nach Diskussion zwischen den Betroffenen – nur innerafrikanisch herbeigeführt werden. Daher lohnt es sich, daran zu erinnern, was der erste Präsident von Tansania, Julius Nyerere, schon vor einem halben Jahrhundert seinem Kontinent und den „Helfern“ Afrikas ins Stammbuch geschrieben hat: „Menschen und Länder können nicht von außen entwickelt werden. Sie können sich nur selbst entwickeln.“ Das aber bedeutet: Fachleute für die Entwicklung müssten aus den betroffenen Ländern und Regionen selbst kommen. Und sie sollten nicht nur für die Formulierung von Zielen und Maßnahmen zuständig sein. Sie müssten – das darf nicht unterschlagen werden – die Ergebnisse ihrer Bemühungen, Misserfolge eingeschlossen, vor den Menschen dort auch verantworten. Wenn afrikanischen Regierungen diese Herausforderung denn annähmen, könnten sie viel überzeugender, als es „Experten“ aus den reichen industrialisierten Geberländern getan haben, die historisch gewachsenen Leitbilder „ihrer“ Gesellschaften in ihren Konzepten berücksichtigen – „Leitbilder, auf denen jede Entwicklung beruht“ (Danner). Falls es ihnen notwendig erscheint, könnten afrikanische Verantwortliche vor allem viel glaubwürdiger als diese „Experten“ dafür eintreten, dass überlieferte Vorstellungen „ihrer“ Gesellschaft an die Erfordernisse der Gegenwart angepasst werden. Auf diese Weise könnten sie vielleicht sogar dazu beitragen, dass die „Stallwärme“ erhalten bleibt, die Afrikaner von ihren Herkunftsgemeinschaften erwarten und die in westlichen Konzepten verloren zu gehen droht.

Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Politik wäre allerdings, dass sie von charismatischen, aber vor allem auch integren Führern vertreten wird, die in einem engen Kontakt zur Bevölkerung ihres Landes stehen. Sie wären dann Modelle für einen grundlegenden, Reformen begünstigenden Mentalitätswechsel in Afrika, weil die Menschen in den Städten und Dörfern ihnen glauben und sich mit ihnen identifizieren könnten. Auf ein Land, das von solchen Führern repräsentiert würde, könnten dessen Bürger sogar stolz sein. Mit anderen Worten: Diese Führer verkörperten das Gegenteil von den gegenwärtig herrschenden sich bereichernden afrikanischen Eliten, denen keiner traut und denen die Armen egal



Der Autor Rainer Gruszczyński

sind.

Identität stiftende Führer dieses Formats waren z.B. Nelson Mandela oder Thomas Sankara, der in Burkina Faso die Korruption vehement bekämpft und selbst noch als Präsident seines Landes ein bescheidenes Leben geführt hat. Auch Julius Nyerere ist hier zu nennen. Führer dieses Formats könnten die Bevölkerungen in Afrika dazu einladen, sich einer Nation zugehörig zu fühlen, der diese sich denn auch verbunden fühlen, weil dort Familie, Dorf und Ethnie ihren geachteten Platz finden. Damit wäre nicht nur eine Erweiterung der Identität von Afrikanern möglich, sondern auch ein Ausgleich von Partikularinteressen traditioneller Gemeinschaften zugunsten einer Fokussierung auf nationale Vorhaben erleichtert. Dies wäre auch ein Schritt zur Überwindung der beschriebenen Hemmnisse, die von Großfamilien und anderen sozialen Systemen auf den Einzelnen ausgehen, wenn er sich persönlich und wirtschaftlich entfalten will. Heute zeigt sich ein nationales Wir-Gefühl in afrikanischen Ländern allenfalls, wenn die Fußball-Nationalmannschaft spielt oder wenn dort über das in der Vergangenheit erlittene Unrecht von Sklaverei und Kolonisation gesprochen wird.

Wenn ein integrierender Präsident eines afrikanischen Landes jedoch eine glaubwürdige und effiziente Politik für sein Land durchführen wollte, wäre er darauf angewiesen, dass seine Regierungsmannschaft, die Justiz und die öffentliche Verwaltung sich ebenfalls dem Prinzip Integrität verschrieben. Der damit angestoßene Prozess würde jedoch sehr schnell danach verlangen, das Land schrittweise von zuwendungsbasierter (!) Entwicklungshilfe unabhängig zu machen. Denn ausländische Hilfszahlungen befeuern in Afrika nachweislich Korruption und Betrug in Regierung, Verwaltung, Justiz und Wirtschaft. Und ebenso nachweislich wird deren Effizienz vermindert. Erleichtert werden könnte den Ländern der Ausstieg dadurch,

dass er in nur kleinen Schritten erfolgt, so dass Regierung und Verwaltung die Möglichkeit haben, sich schrittweise auf die neue Lage einzustellen. Eine solche Regierung würde den Ausstieg außerdem mit Reformen in Verwaltung, Rechtswesen und Wirtschaft begleiten und damit den Rahmen dafür schaffen, dass – mit Verzögerung zwar – vermehrt Arbeitsplätze und Einkommen schaffende Investitionen ins Land kommen. Von den bisherigen Geberländern könnte dann dieser Prozess dadurch unterstützt werden, dass sie den Reformern dort verstärkt technische Hilfen anbieten – wenn sie gewünscht werden – und den Aufbau arbeitsplatzschaffender Joint Ventures massiv fördern. – Dass ein schrittweiser Ausstieg aus der Entwicklungshilfe sinnvoll ist, hat der ansonsten schillernde Präsident Ruandas Paul Kagame bewiesen. Denn innerhalb von 10 Jahren hat Kagame es geschafft, Ruanda zu einer der am stärksten und sichtbar wachsenden Volkswirtschaften Afrikas zu machen. Obwohl bzw. weil er in dieser Zeit den ausländischen Beitrag zum Staatshaushalt von 85% auf 41% gesenkt hat. Breiten wachsenden Wohlstand betrachtet er im Übrigen als einen Weg, die Ruander von Hass und Neid zu befreien, und er verbindet damit die Hoffnung, dass bei Hutus und Tutsi gleichermaßen ein ruandischer Patriotismus entsteht, der die beiden Volksgruppen zum Wohle des ganzen Landes verbindet (vgl. Perry. 2015). Bereits während der Phase des Auslaufens der Entwicklungshilfe würden Afrikaner eigene Projekte nicht nur selbst finanzieren. Sie würden sie vor allem auch in eigener Verantwortung unter Berücksichtigung ihrer traditionellen Werte vor Ort entwerfen und durchführen können. Und dann schon würden sie vor ihren Steuerzahlern Rechenschaft darüber ablegen müssen. Unter solchen Bedingungen könnte man eher als heute damit rechnen, dass mit vorhandenen Ressourcen auch vernünftig gewirtschaftet wird. In diesem Zusammenhang verdient hervorgehoben zu werden: In der Zeit, als die Zahlungen für Entwicklungshilfe stetig stiegen, verringerte sich das Wachstum in den Empfängerländern; als aber nach dem Ende des Kalten Krieges deutlich weniger Hilfgelder nach Afrika flossen, begann die Wirtschaftsleistung dort wieder verstärkt zuzunehmen. Das haben der Oxford-Professor Paul Collier (2007) und der Armutsforscher und Nobelpreisträger Angus Deaton (2013) festgestellt. Ein Verzicht auf ausländische Hilfe würde also nicht nur verdeutlichen, dass Entwicklung etwas ist, das im Inneren

afrikanischer Länder angestoßen wird. Zusätzlich könnte mit der dadurch möglich gewordenen Verminderung von Korruption und Betrug das Ansehen der Repräsentanten des Staates erhöht und nebenbei auch die Chancen verbessert werden, dass in Regierungsapparat und Justizwesen irgendwann einmal Staats“diener“ ihre Arbeit verrichten. – Das allein wäre doch schon ein Riesenerfolg!

Wenn es solchen Führern auch noch tatsächlich gelänge, wie es Sarr vorschwebt, ihre Bevölkerungen bei der „Neuerfindung der afrikanischen Kultur“ mitzunehmen, wären sie in der Lage, ihre Bürger zu ermutigen, sich als „verantwortliche handelnde Subjekte“ zu entdecken und anzunehmen, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen in ihren Ländern selbst zuständig sind. Dadurch könnten sie, so Sarr, ihre Würde wiedergewinnen. Und darüber hinaus könnte dies den Menschen helfen, die während der Kolonisation erfahrene Entfremdung von sich selbst zu überwinden, die Sarr und Mbembe so eindrucksvoll beschreiben. Mehr noch: Damit könnte einem afrikanischen Entwicklungsmodell der Weg geebnet werden, das es afrikanischen Gesellschaften erlauben würde, sich von der tatsächlichen

oder imaginierten kulturellen Dominanz des Westens zu lösen, wie der indische Armutsforscher und Nobelpreisträger Amartya Sen (2010) es den Staaten des Südens wünscht. Denn sie hätten die Wahl, sich für das zu entscheiden, was von den westlichen „Errungenschaften“ (Werte, Verhalten, Techniken, Institutionen...) bzw. welche traditionellen Elemente sie beibehalten oder übernehmen möchten, weil diese sich bewährt haben und man mit ihnen auch in einer „neu erfundenen“ Gesellschaft bestehen kann.

Nachtrag:

Dass afrikanische Regierungen sich wie Kagame freiwillig von Entwicklungshilfegeldern unabhängig machen, darf heute bezweifelt werden. Denn wer verzichtet schon freiwillig auf Geschenke, wenn sie ihm – wie im Falle der Entwicklungshilfe – häufig geradezu aufgedrängt werden? Eine entsprechende Initiative müsste daher von den jetzigen Geberländern ausgehen. Dabei wäre ein angekündigter schrittweiser Rückzug des Westens aus den Hilfszahlungen sicher der beste Weg. Aber eine völlige Einstellung der finanziellen Unterstützungen ist nach Deaton (2013), z.B., in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Denn bei ausländi-

schen Zahlungen an afrikanische Länder spielen neben humanitären auch noch andere, entwicklungsfremde Erwägungen eine Rolle, wie z.B. politische Einflussnahme der Geberländer und Sicherung ihres Zugangs zu Rohstoffen über bilaterale Abkommen oder der fehlende Wille in den Organisationen der Entwicklungshilfeindustrie, sich selbst überflüssig zu machen. Deaton schlägt daher als Alternative zur Einstellung der Hilfszahlungen an afrikanische Entwicklungsländer ein Bündel von Maßnahmen vor, die das Ziel verfolgen, den direkten Geldfluss nach Afrika deutlich zu verringern und die dennoch bzw. deswegen die dortigen Volkswirtschaften stärken und den Bevölkerungen zugutekommen. – Interessant ist auch Mbembes Vorschlag, den Straftatbestand „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu erweitern und Regierungen bei schweren Fällen von Korruption und Ausplünderung der natürlichen Ressourcen ihres Landes der internationalen Gerichtsbarkeit zu überantworten. Vielleicht könnte man damit afrikanische Regierungen tatsächlich bewegen, der Veruntreuung von Entwicklungshilfegeldern zu entsagen.

Rainer Gruszczyński
www.cotranga.de

Freilassung des Schriftstellers Patrice Nganang



Patrice Nganang

Foto: privat/Facebook

Seine simbabwische Frau freute sich über seine Freilassung aus einem kamerunischen Gefängnis

genommen worden war. Er besitzt die doppelte Staatsangehörigkeit der USA und Kameruns und ist Professor an der New Yorker Stony Brook University. Nganang wurde festgenommen, als er einen Flug nach Harare besteigen wollte, um Bakare und ihre Tochter für die festlichen Feiertage zu treffen. Nganang wurde am 6. Dezember festgenommen, ihm wurde eine Kaution verweigert und er wurde in einem Hochsicherheitsgefängnis inhaftiert, nachdem er angeklagt worden war, Kameruns Präsident Paul Biya erschießen zu wollen.

„Patrice wird in Kamerun wegen seiner Kritik an der kamerunischen Situation und der Regierung angeklagt. Ihr Aufruf zur Freilassung von Nganang erregte sofort weltweite Aufmerksamkeit, und am 27.12.2017 musste ein kamerunischer Richter seine Freilassung und sofortige Abschiebung in die USA anordnen.

„Wir sind sehr aufgeregt, wieder vereint zu sein und können nicht warten“, schrieb Ba-

kare nach der Freilassung des Professors. Bakare meinte, ihr Mann sei verhaftet worden, weil er einen Artikel für ein französisches Magazin geschrieben habe, in dem er die 35jährige Herrschaft von Biya kritisiert habe. Angela Quintal, Programmkoordinatorin des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPJ), sagte, dass der internationale Druck und die Bemühungen der Unterstützer eine wichtige Rolle bei der Sicherung von Nganangs Freilassung spielten.

„Das ist ein Zeichen dafür, dass die Regierung von Präsident Paul Biya auf die Tatsache aufmerksam geworden ist, dass die Verletzung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung kritischer Stimmen, auch in der Presse, von freiheitsliebenden kamerunischen Bürgern oder der internationalen Gemeinschaft nicht gebilligt wird“, fügte Quintal hinzu.

Zusammengefasst
Quelle: The Herald (Harare)

Nyasha Bakare aus Simbabwe, wohnhaft in den USA, sagte, sie sei aufgeregt, nachdem ihr kamerunischer Ehemann freigelassen worden sei, der drei Wochen lang inhaftiert worden sei.

Anfang Dezember führte Nyasha Bakare eine weltweite Kampagne zur Befreiung ihres Mannes, Patrice Nganang, der auf einem Flughafen in Yaunde, Kamerun, fest-